

Rede von Bürgermeister Tobias Stockhoff

anlässlich der HFA-Sondersitzung zum Ukrainekrieg

am 07.03.2022 im Gemeinschaftshaus Wulfen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der völkerrechtswidrige russische Überfall auf die Ukraine und der damit verbundene Angriffskrieg gegen das ukrainische Volk hat alle Menschen, die guten Herzens und Willens sind, tief erschüttert und auch uns in Dorsten ins Mark getroffen.

Knapp 77 Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges gibt es wieder Krieg mitten in Europa.

Vor einigen Tagen habe ich ein Video von einer jungen Familie aus Kiew gesehen. In diesem Video stellt ein Kleinkind seine erste Frage – die wirklich allererste Frage – seines Lebens: „Was ist das?“ fragt dieses Kind.

Eine sicherlich nicht ungewöhnliche erste Frage eines Kindes. Jedoch ist der Hintergrund so tragisch wie berührend. Das Kind reagiert mit dieser Frage auf Luftalarm über Kiew, der im Hintergrund zu hören ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es ist nur ein kleiner Ausschnitt des Leides und des Leidens in der Ukraine, welches wir in diesen Tagen auch in den Medien schonungslos präsentiert bekommen.

Es ist weder die Aufgabe eines Bürgermeisters noch eines Stadtrates, diese Situation welt-, europa- oder außenpolitisch zu bewerten.

Ich schließe mich jedoch den Aussagen unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz, der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock sowie der demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag vom vorletzten Sonntag an. Die Worte „Solidarität“ und „Zeitenwende“ waren dabei wohl die Begriffe, die als Leitmotive für unser politisches und gesellschaftliches Handeln stehen dürften.

Auch die Prioritäten dieser beiden Schlüsselworte sind für mich klar:

1. Wie leben wir glaubwürdig unsere Solidarität?
2. Was bedeutet diese Zeitenwende für uns als Stadtgesellschaft?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

als Bürgermeister unserer Stadt will ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken für Ihr Engagement, Ihre Solidarität, Ihre Hilfs- und Spendenbereitschaft sowie Ihre klaren Zeichen in Form von Demonstrationen, Gebeten, Musik und Kultur sowie Veranstaltungen gegen den Krieg und für den Frieden in der Ukraine, Europas und der Welt.

- Unser Altes Rathaus und der Förderturm erstrahlen in den ukrainischen Nationalfarben Blau und Gelb.
- Vor unserem Rathaus erkennt man neben der städtische Flagge die Flagge der Ukraine.

- Sachspenden werden gesammelt und private Hilfstransporte fahren auf Anforderung z. B. nach Polen oder Rumänien, um dort ankommende Flüchtlinge mit dem Nötigsten zu versorgen.
- Rund 300 Plätze in privaten Wohnungen wurden uns als Stadt angeboten.
- Zahlreiche Menschen wollen ihre russischen oder ukrainischen Sprachkenntnisse ehrenamtlich zur Verfügung stellen.
- An der Spendensammlung innerhalb der Verwaltung haben sich bislang rund 200 Kolleginnen und Kollegen beteiligt und fast 12.000 Euro gespendet.
- Weitere rund 19.000 Euro – Stand Freitag – sind als Spenden aus der Bürgerschaft bei uns auf dem städtischen Spendenkonto eingegangen.
- Friedensgebete und Kundgebungen in vielen Stadtteilen und Kirchengemeinden.
- Kunst, Musik und Kultur positionieren sich klar in unserer Stadt.

Besonders berührt haben mich dabei die Zeichen der Solidarität der Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche sich im Integrationsrat unserer Stadt engagieren. Viele von ihnen haben selbst Krieg, Terror und Gewalt erlebt, werden nun selbst zu Helferinnen und Helfern und geben ein glaubwürdiges Zeichen der Dankbarkeit für die Hilfsbereitschaft und Solidarität, die man Ihnen gegenüber gelebt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen als Rat stolz auf und dankbar sein für diese Bürgerschaft, die wieder einmal unseren Stadtdialog für Menschenwürde, Demokratie und Respekt nicht nur mit dem Stift unterschreibt, sondern ihn glaubwürdig lebt und vorlebt.

Ich bin mir sicher, dass uns diese Solidarität noch herausfordern wird.

Ich bin mir aber ebenso sicher, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam meistern und bestehen werden.

Unsere Solidarität ist in diesem Krieg des russischen Präsidenten gegen ein freies, demokratisches und europäisches Land im Herzen Europas gleichsam unser aktiver Beitrag für Frieden und Freiheit für das ukrainische Volk.

Es ist eine humanitäre und europäische Pflicht, die wir als Dorstenerinnen und Dorstener annehmen werden, auch wenn wir wissen, dass Solidarität und Nächstenliebe erst dann zur echten Bewährungsprobe werden, wenn auch uns Einschränkungen und Verzicht selber treffen.

Die massiven Wirtschaftssanktionen gegen Russland werden auch auf die Menschen in der Europäischen Union, in Deutschland und auf uns in Dorsten Rückwirkungen entfalten. Steigende Energiepreise sind dabei die offensichtlichsten Auswirkungen, die nicht wenige Menschen in Dorsten herausfordern werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

was aber wäre die Alternative?

Wegschauen und den Despoten und Diktator im Kreml gewähren lassen?

Das ist keine Alternative!

Das wäre ein feiger Verrat an unseren demokratischen und europäischen Werten, die für uns gerade in dieser existenziellen Krise gelten müssen.

Die Aufgabe der Politik ist es nun, dass wir diese Auswirkungen so gerecht wie möglich verteilen.

Wir brauchen also nicht nur eine Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

Wir brauchen Solidarität mit den Russinnen und Russen, die gegen diesen Krieg mutig auf die Straße gehen, oder den russischstämmigen Menschen in unserem Land, die Putins Terrorregime ablehnen.

Wir brauchen auch die Solidarität mit den Menschen, für die die Rückwirkungen der Sanktionen gegen Russland bei uns menschlich wie finanziell kaum zu meistern sind.

Auch hier gilt: Die finanziell Starken müssen mehr tragen, als die Menschen, für die eine kleine Summe bereits ein großer Beitrag der Solidarität ist.

Als mich am Wochenende unsere Regierungspräsidentin Dorothee Feller darüber informierte, dass das Flüchtlings-Wohnheim an der Bochumer Straße die zentrale Unterbringungseinrichtung im Regierungsbezirk Münster für flüchtende Menschen aus der Ukraine werden soll, stellte sich für mich nicht als erstes die Frage nach dem Ob. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie wir als Stadtverwaltung und als Stadtgesellschaft die Neuausrichtung dieser Unterkunft begleiten und unterstützen können.

Auch die Unterbringungen von Flüchtenden aus der Ukraine wird uns in Dorsten noch herausfordern. Dabei werden wir die Prioritäten klar abarbeiten. Zunächst die medizinische Versorgung, ein Zimmer oder eine Wohnung, Kleidung, Lebensmittel und beispielsweise Spielzeug für die Kinder.

Aber auch die Themen „KiTa“ und „Schule“ werden wir beantworten müssen. Das werden wir nur meistern, wenn wir gemeinsam und solidarisch an einem Strang ziehen.

Die demokratische Staatengemeinschaft versucht aktuell, Russland mit Sanktionen wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen. Die Auswirkungen werden auch wir spüren. Uns muss klar sein: Das alles sind Anstrengungen, die eine Rückkehr zu Frieden und Diplomatie auch uns abverlangt – und die wir gemeinsam durchstehen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am vorletzten Sonntag war in der Bundestagsdebatte wörtlich oder sinngemäß oft das Wort „Zeitenwende“ zu hören.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, als meine Eltern mich am 09. November 1989 – dem Tag des Mauerfalls – aus dem Bett geholt haben und ich die Tagesthemen mit Hanns Joachim Friedrichs mir als gerade mal 8-Jähriger anschauen durfte.

Die einleitenden Worte von Friedrichs "Im Umgang mit Superlativen ist Vorsicht geboten, sie nutzen sich leicht ab." sind vielen von uns in Erinnerung geblieben.

Wer beispielsweise das 1999 erschienene ZDF-Dokumentarspiel „Der Dritte Weltkrieg“ gesehen hat, der weiß, welche Chance und Gnade uns durch diese friedliche Revolution in der ehemaligen DDR und der damaligen Sowjetunion geschenkt wurde.

Es war kein selbstverständliches Geschenk und wir sollten dankbar sein für diese Zeit des Friedens und der Freiheit in Europa.

Gleichsam sollten wir das als persönlichen Auftrag verstehen, an den Stellen, wo wir selbst die Handelnden sind, uns in Dienst nehmen zu lassen für den Frieden in Europa und der Welt sowie für die Gerechtigkeit unter den Völkern.

Ich glaube tatsächlich, dass dieser Krieg eine Zeitenwende ist. Allerdings wird es diesmal kein Frühling wie 1989. Sondern es steht uns leider ein neuer weltpolitischer Winter bevor.

Und nicht nur geopolitisch müssen wir Antworten auf neue Herausforderungen finden, die jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns sowie unsere Stadtgesellschaft betreffen können.

Die Flutkatastrophe an der Ahr hat uns gezeigt, welches Ausmaß die zunehmenden Natur- und Umweltkatastrophen annehmen können. Solchen Gefahren, aber auch Risiken wie dem „großen Blackout“ oder einer erneuten Pandemie müssen wir mit zwei strategischen Ansätzen begegnen:

- I. Gestaltende Antworten, die Kriege, Konflikte, Klimaveränderungen oder Krankheiten verhindern oder zumindest begrenzen sollen.
- II. Reaktive Antworten, wenn es dazu kommt, um den Schutz der Menschen zu garantieren sowie um Leben und Sachwerte bestmöglich zu schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam mit Ihnen, der Politik, der Verwaltung und der Bürgerschaft möchte ich als Bürgermeister Antworten suchen und geben. Wir müssen dabei Antworten gemeinsam entwickeln.

I. Gestaltende Antworten

1. Beitrag zu Frieden und Freiheit

Unser kommunaler Beitrag zu Frieden und Freiheit liegt beispielsweise in der Stärkung und der Wiederbelebung unserer Städtepartnerschaften oder in der Förderung von Schul- und Jugendaustauschprogrammen. Die Förderung von Entwicklungshilfeinitiativen von privaten Gruppen, Vereinen oder Kirchengemeinden sollte ebenfalls wieder stärker in den Fokus rücken.

Aber auch die politische Bildung sowie die Stärkung der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und den daraus entstehenden Lehren muss uns mehr Engagement wert sein.

2. Versorgungssicherheit und eine dezentrale und ökologische Energieversorgung der Zukunft

Je dezentraler und vielschichtiger unsere Energieerzeugung ist, umso kleiner wird unsere Abhängigkeit und umso größer kann unser ökologischer Beitrag werden. Regenerative Energie sind dabei mit Blick auf die Verfügbarkeit Chance und Risiko zugleich. Wichtig ist, dass die Redundanz und die Speichermöglichkeiten mit Blick auf die Versorgungssicherheit nicht aus dem Blick geraten. Wir werden als Stadt Dorsten z. B. mit Optimierung unserer Gebäude durch PV-Anlagen, Speichermöglichkeiten sowie energieeffiziente Heizsysteme unseren Beitrag leisten.

3. Klimaschutz und Klimaresilienz

Die konsequente und schrittweise Optimierung unseres Kanal- und Abwassernetzes durch bauliche Maßnahmen zum Hoch- und Starkregenschutz, ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept, Biodiversität und eine ökologische Optimierung des Grün- und Baumbestandes in unserer Stadt z. B. durch die Vermeidung von s. g. Hitze-Inseln.

Das hat alles natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber deutlich machen, dass eine Zeitenwende allein mit reaktiven Antworten nicht zu bestehen sein wird. Die gestaltende Kraft ist somit unerlässlich, um die Wahrscheinlichkeit von Krisensituationen zu reduzieren.

II. Reaktive Antworten

Viele Ereignisse der vergangenen Jahre haben uns deutlich gemacht, dass wir sowohl verteidigungstechnisch als auch zivil- und katastrophenschutztechnisch nicht ausreichend für Krisenereignisse vorbereitet sind.

1. Eigenverantwortung und Selbsthilfe

Unsere Eltern und Großeltern, die selbst die Schrecken des Krieges erlebt haben, wussten besser, wie sie mit Extremsituationen umgehen. Gerade die Corona-Pandemie und so manche daraus resultierende Frage aus der Bevölkerung hat mir deutlich vor Augen geführt, dass wir viele Menschen in Dorsten haben, die sich in Krisen nicht selbst ausreichend helfen könnten.

Wir müssen daher gemeinsam Eigenverantwortung und Selbsthilfe in Extremlagen wieder stärken. Ein einfaches Beispiel: Es muss wieder zu einer Selbstverständlichkeit werden, dass sich eine Familie einen 2 Wochen-Notvorrat leisten kann und diesen auch anlegt.

2. Regelmäßige Schulungen und klare Krisenstrukturen in der Verwaltung

Wir werden auch als Stadtrat der Stadtverwaltung zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen müssen, wenn wir gut ausgebildete und eingespielte Krisenmanagerinnen und Krisenmanager in Extremsituationen erwarten. Krisenmanagement muss man durch ständiges Üben und Weiterbilden lernen – es fällt nicht vom Himmel.

3. Redundante Warn- und Kommunikationsinfrastruktur

Gemeinsam sorgen wir gerade dafür, dass Ende 2023 über 95 % unserer Stadtbevölkerung per Sirene gut hörbar gewarnt werden können. Daneben müssen wir über die Bereitstellung einer mobilen Warninfrastruktur reden, wenn das Stromnetz oder Kommunikationsnetze ausfallen. Außerdem müssen die Menschen z. B. wieder lernen, was die Sirensignale bedeuten.

Auch Kommunikation muss bei einem Ausfall der normalen Telekommunikationsnetze möglich sein. Aus diesem Grund werden wir z. B. für unsere Feuerwehrstandorte auch Satellitentelefone beschaffen.

4. Ausreichende Schutzausstattung

Corona hat es uns gezeigt: Wenn die Krise da ist, ist die Beschaffung von Schutzausstattung nahezu unmöglich. Es kann und darf nicht sein, dass das Lager von Krankenhäusern und

Arztpraxen der LKW auf der Straße ist. Ferner müssen auch wir als Stadt Dorsten einen Grundbestand an Schutzausstattung vorhalten, um gut und schnell reagieren zu können.

5. Notstromerzeugung und Noteinspeisung

Dass der große Blackout kommt, ist keine Frage des Ob. Es ist nur eine Frage des Wann. Für uns als Stadt Dorsten heißt das, dass kritische Infrastruktur, z. B. unser Rathaus, eine Noteinspeisung haben muss und auch bei einem mehrstündigen oder gar mehrtägigen Stromausfall das Krisenmanagement arbeiten kann.

6. Stärkung des organisierten Zivil- und Katastrophenschutzes

So wichtig und gut die spontane Hilfe aus der Bevölkerung ist, so notwendig ist eben aber auch die organisierte Hilfe. Nur koordinierte Hilfe ist am Ende in der Lage, schwierige Situationen in den Griff zu bekommen.

Feuerwehrtechnisch ist unsere Stadt sehr gut, dezentral und nachhaltig aufgestellt. Auch das Technische Hilfswerk hat sich bundesweit und in der Region den Herausforderungen gestellt und stetig weiterentwickelt.

Dennoch darf es uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der Freiwilligen insbesondere in den Sanitätsverbänden in den vergangenen Jahrzehnten drastisch zurückgegangen ist. Gerade im Bereich des Sanitätsdienstes müssen auch wir in Dorsten einen Neuanfang angehen. Ein geeigneter und sicherlich pädagogisch sinnvoller Zugang könnte wie in anderen Ländern im AG-Bereich der Schulen liegen.

7. Bundeswehr und Landesverteidigung verdienen kommunale Unterstützung

Die Themen „Landesverteidigung“ und „Bundeswehr“ sind nach unserer Verfassung klare Bundesaufgaben. Aber auch wir Städte und Gemeinden sind hier in einer Mitverantwortung. Die aktuelle Situation in der Ukraine macht deutlich, dass sich auch ein freies und friedliches Land verteidigen können muss.

Mir ist bewusst, dass dieses Thema hochkomplex und hochsensibel ist. Jedoch wird uns diese Zeitwenden auch militärisch vor neue Herausforderungen stellen.

Als Städte und Gemeinden können wir dazu beitragen, dass für die Soldatinnen und Soldaten auch zukünftig gilt: Staatsbürgerin bzw. Staatsbürger in Uniform.

Wir brauchen keine Armee am Rand der Gesellschaft, wir brauchen eine Armee, die ein selbstverständlicher Bestandteil unserer demokratischen Bürgergesellschaft ist. Ihre Soldatinnen und Soldaten müssen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes stammen.

In Dorsten sollten wir uns beispielsweise fragen, ob der immer mal wieder, wenn auch nur sehr vereinzelt geäußerte Wunsch nach der Schließung der Muna – also des Munitionsversorgungszentrum West – in Wirklichkeit nicht die wenig glaubwürdige Anwendung des Sankt-Florian-Prinzips ist.

8. Cyber- und Datensicherheit

In den letzten Monaten sind verstärkt Hackerangriffe auf Verwaltungen und Behörden zu registrieren. In Witten waren nach einer Attacke einige Bereiche tagelang offline und es wurden auch Daten gestohlen. Es gibt keinen 100-prozentigen Schutz gegen Kriminelle. Aber auch hier

müssen wir in mehr Sicherheit und redundante Systeme investieren – sowie in regelmäßige Schulungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

egal ob es gestaltende oder präventive bzw. reaktive Maßnahmen sind: Es wird Geld kosten.

Umso wichtiger ist es, dass wir hier gemeinsam Maß und Mitte finden und gleichsam die Synergien erkennen und nutzen.

So wissen wir, dass unsere rund 400 ehrenamtlichen und rund 100 hauptamtlichen Angehörigen unserer Feuerwehr nicht nur den Brandschutz und Rettungsdienst in unserer Stadt sicherstellen. Sie sind auch aus dem Stadtteil- bzw. Dorfleben als feste und soziale Konstanten nicht wegzudenken. Wir profitieren also auch außerhalb der Extremsituation davon.

Ein Spruch sagt aber auch: Die Feuerwehr ist dann am besten, wenn man sie nicht braucht.

Das gleiche gilt für Investitionen in präventive Maßnahmen. Wir geben Geld aus für die Vorsorge – und werden in normalen Zeiten nicht selten keine sinnvolle Verwendung dafür haben.

Aus meiner Sicht sind diese Investitionen aber dennoch notwendig, da wir als Politik und Verwaltung die Verantwortung für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger haben – auch in Extrem- und Krisensituationen. Dies wurde aus meiner Sicht an vielen Stellen in unserem Land in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

„gestaltende Antworten“ oder „reaktive Antworten“, das ist kein „entweder oder“. Das ist ein „sowohl als auch“!

Gemeinsam mit Ihnen, der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, möchte ich in den nächsten Jahren unsere Stadt Stück für Stück zukunftsfähiger und krisenfester machen. Ich lade Sie herzlich ein, daran mitzuwirken.

Jetzt aber werden wir uns zunächst gemeinsam mit voller Kraft und mit ganzem Herzen unserer Aufgabe stellen, Solidarität mit den Menschen in und aus der Ukraine zu leben.

Herzlichen Dank für Ihr Mitwirken und Ihre Solidarität!